

## Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit

Otto Gessler, Reichswehrminister der Weimarer Republik vom März 1920 bis zum Januar 1928, hat über diese Ministerzeit Erinnerungen aufgezeichnet, die schon bisher einzelnen Historikern zugänglich waren. Jetzt liegen sie öffentlich vor, versehen mit einem Vorwort von Professor *Theodor Heuss*, der mit dem im Jahre 1955 verstorbenen Gessler befreundet war, und mit einer biographischen Einleitung von *Kurt Sendtner*, aus der die bayerisch-monarchistische Gesinnung sowohl Sendtners wie Gesslers sehr deutlich wird. Im Anhang ist eine Reihe wichtiger Dokumente abgedruckt<sup>1)</sup>.

Die Memoiren und die Dokumente sind sehr aufschlußreich, sowohl für die Geschichte der armen Weimarer Republik wie für die Person *Gesslers* und seines Gegenspielers *v. Seeckt*. Das schwankende Charakterbild Gesslers wird vollständiger, wenn auch nicht klarer und sympathischer, als es sich vorher der oberflächlichen Betrachtung bot. Es ist hier nicht möglich, die Gesslersche Darstellung im Zusammenhang mit anderen Quellen oder Darstellungen der Zeit auf ihre Verlässlichkeit im einzelnen zu prüfen oder zu kritisieren. Für die Person Gesslers bietet sie auch ohne eine solche vergleichende Kritik Material *genug*, weil sie seine Gedankenwelt offenlegt. Darnach läßt sich sagen, daß es Gessler nicht vermocht, ja nicht einmal gewollt hat, daß aus der Reichswehr ein zuverlässiges Instrument der Republik wurde.

Er ist als Sohn eines Unteroffiziers in Ludwigsburg 1875 geboren; als er 10 Jahre alt war, wurde sein Vater Gutsverwalter eines Grafen im Allgäu. Der begabte Junge wurde mit Leib und Seele Verbindungsstudent; dann war er ein paar Jahre lang bayerischer Justizbeamter. Im Jahre 1910 wird er zum Oberbürgermeister von Regensburg, im Jahre 1913 zum Oberbürgermeister von Nürnberg gewählt. Nach seinen Aufzeichnungen sind die Höhepunkte dieser Laufbahn die Berührungen mit den bayerischen und hohenzollerischen Monarchen. Einladungen bei Hofe, Audienzen beim König oder Kaiser und Besuche der allerhöchsten Herrschaften — dieser Glanz, in jungen Jahren erfahren, hat Gessler für sein Lebtag geblendet.

Gessler bezeichnet sich selbst als „Vernunftrepublikaner“, dessen politische Leidenschaft nicht der Weimarer Republik, sondern der Vergangenheit gehört habe. Er wurde nach dem Kapp-Putsch von *Ebert* zum Reichswehrminister berufen. Gessler galt als liberaler Süddeutscher, war Naumannianer und hatte mit Recht den Ruf, ein sehr tüchtiger und wortgewandter Verwaltungsmann und Menschenbehandler zu sein. Er schien der richtige Mann, um das monarchistische, republikfeindliche Offizierskorps mit dem neuen Staat zu versöhnen; ein republikanisches Offizierskorps zu schaffen, daran dachte man nicht. Das wäre wohl auch in wenigen Jahren ohne neue Schwierigkeiten nicht möglich gewesen. Der einzig verlässliche Republikaner im Offizierskorps, General *Reinhardt*, Chef der Heeresleitung, war mit *Noske* nach dem Kapp-Putsch zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger war *v. Seeckt*, bis dahin „Chef des Truppenamts“, das heißt Generalstabschef, bestellt worden. Er blieb es bis 1926. Das Verhältnis Gessler — *v. Seeckt* ist das eigentliche Problem der Ministerzeit Gesslers. *Seeckt* hatte am 13. März 1920, als die meuternden Reichswehrtruppen auf Berlin marschierten, die Aufforderung *Noskes*, Abwehr zu leisten, abgelehnt und erklärt: „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“, was er übrigens im Jahre 1923 beim Hitler-Putsch wiederholt hat. Das ist historisch gesichert. Diese Haltung war sowohl 1920 wie 1923 ihrerseits eine Meuterei und strafrechtlich Hochverrat. Denn *Seeckt* war rechtlich zum Gehorsam und zum Handeln verpflichtet. Eben dieser General war nun zum Chef der Heeresleitung bestellt, und Gessler hat sich sechs Jahre lang einen Affront nach dem andern, Übergriffe und Demütigungen von *Seeckt* gefallen lassen. Allerdings hat er schließlich doch einen Anlaß gefunden oder geschaffen, den überheblichen General los zu werden.

1) Otto Gessler, Reichswehr-Politik in der Weimarer Zeit, herausgegeben von Kurt Sendtner. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1958. 582 S., Ln. 29,50 DM.

## REICHSWEHRPOLITIK IN DER WEIMARER ZEIT

Dem Reichswehrminister war durch Verordnung des Reichspräsidenten die Ausübung des Oberbefehls über alle Teile der Wehrmacht ohne Einschränkung übertragen worden. Seeckt hat dies nie anerkannt. Der republikanische Minister, der kein Republikaner war, stellte für ihn nur die Abschirmung vor der demokratischen Kontrolle des Reichstags und der Öffentlichkeit dar. Wenn Gessler sagt, daß seine Kommandogewalt eine der Fiktionen der Weimarer Verfassung gewesen sei, so hätte Gessler diese Fiktion zur Realität machen können, wenn er dem Reichspräsidenten die nötigen Personalveränderungen unter Rücktrittsdrohung vorgeschlagen hätte. Bei der Achtung und der Vorliebe, die Ebert für Gessler hatte, kann angenommen werden, daß Gessler Erfolg gehabt hätte. Der „Chef der Heeresleitung“ war sein dienstlich Untergebener. Gessler ist Seeckt und den anderen hohen Offizieren des Ministeriums gegenüber, zu denen auch v. Schleicher gehörte, während seiner ganzen Ministerzeit ein gesellschaftliches Unterlegenheitsgefühl nicht losgeworden. Besonders der Umstand, daß er selber nicht einmal Reserveoffizier werden können, scheint ihn gehemmt zu haben. Das ist kein Wunder bei einem Mann, der sich von seiner wilhelminisch-wittelsbachischen Periode noch nicht — auch durch den Krieg nicht — gelöst hatte. Nicht lange nach seiner Bestellung zum Minister wurde Gessler als Mitglied der Demokratischen Partei in den Reichstag gewählt. Das Bewußtsein demokratischer Legitimation und die Berufung durch den Reichspräsidenten haben in seinen Augen den gesellschaftlichen Mangel, nicht Offizier zu sein, und in engen kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen zu sein, nicht aufgewogen. Seeckt war für ihn „Sohn eines Generals“ und nicht nur Offizier, sondern, man denke: „Gardeoffizier“, „in seinem ganzen Auftreten Grandseigneur, mit weltmännischen Manieren“. Wäre Gessler wirklich Demokrat gewesen, so hätte er das als Firlefanz abgetan. Ausführlich beschreibt er, wie gut er in seiner Berliner Zeit reiten gelernt habe und geritten sei, nach dem Urteil seines Reitlehrers so, daß es „auch für die Kavallerie“ genügt hätte.

Diese Dinge wären unwichtig, wenn sie nicht bedauerliche Folgen gehabt hätten. Die Reichswehr wurde von der Republik ausgespart, angeblich um sie unpolitisch zu machen oder, wie es auch hieß, aus dem Parteienstreit herauszuhalten. Das war nun wirklich eine Fiktion, denn tatsächlich hat die Reichswehr in dieser Abschirmung vor der Politik die Feindschaft gegen die Republik und gegen die Ideen ihrer Verfassung kultiviert. Die kürzlich in dem *Vierteljahresheft für Zeitgeschichte* (2. Heft 1959, Seite 177 ff.) veröffentlichten Münchner Dokumente aus den Jahren 1919/20 beweisen, daß die NSDAP im ersten Jahre ihres Bestehens, also auch in der Zeit der Schaffung ihres berühmten Programms, in Wirklichkeit eine Unternehmung der Reichswehr in München war. *Hitler* war ein von der Reichswehrgruppe München geschulter und ausgehaltener V-Mann, später Parteiredner, der noch während seiner Tätigkeit für die Reichswehr zum Führer jener Partei wurde, in die ihn der Reichswehr-Nachrichtenoffizier zuerst als V-Mann entsandt hatte. Die über Hitlers Tätigkeit in dieser Partei getreulich erstatteten Berichte ließen erkennen, daß mit dessen Antisemitismus und Antimarxismus die besten Hetzgeschäfte zu machen waren. *Es war die Reichswehr, die darauf die anderen Figuren dieser Partei beiseite geschoben und Hitler als Führer lanciert hat.*

Es soll keine Verantwortung Gesslers für diese Münchner Vorgänge behauptet, sondern nur die politische Atmosphäre innerhalb der Reichswehr jener Jahre angedeutet werden. Eine unmittelbare Verantwortung Gesslers ist gegeben, soweit es sich um die politischen Übergriffe Seeckts handelte. Der hielt es nämlich für richtig, unaufgefordert und ungefragt Denkschriften über Denkschriften zu außenpolitischen und innenpolitischen Fragen zu verfassen und darin die leichtfertigsten Meinungen und Forderungen vorzutragen. Diese Denkschriften richtete er an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler oder an das Reichskabinett; seinem Minister überließ er huldvoll einen Durchschlag. Das hätte sich ein Minister auch von einem Gardeoffizier und Grandseigneur nicht gefallen lassen dür-

fen, nicht nur weil es ungehörig war, ihn zu umgehen, sondern weil es ein typisch preußisch-wilhelminischer Mißbrauch war, daß sich Generäle mit der Politik befaßten. Solche Denkschriften einzureichen wäre für jedermann zulässig gewesen, nur nicht für einen im Dienst stehenden General und Chef der Heeresleitung. Man verdankt dem Gessler-Buch den Wortlaut einiger solcher Denkschriften und Briefe, zum Beispiel die für das Reichskabinett verfaßte Denkschrift zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Nicht nur der Sache nach, sondern auch dem Ton nach unverschämt ist der Brief an Reichskanzler *Wirth* vom 6. 10. 1922, den ich hier wörtlich anführen möchte:

„General v. Seeckt an Reichskanzler Dr. *Wirth*

*Bad Elster, 10. 6. 1922*

*Hochverehrter Herr Reichskanzler!*

*Die preußische Staatsregierung hat auf Grund des § 160 des Versailler Vertrags die Verwendung der Reichswehr als Grenzpolizei beantragt. Die Auslegung des genannten Paragraphen in diesem Sinne wird von der Interall. Kommission vertreten, die damit ein weiteres Mittel zur Wehrlosmachung Deutschlands gefunden zu haben glaubt. An ihrer Seite die preußische Regierung zu finden, ist eine bedauerliche Tatsache, die nur den nicht überrascht, der die planmäßige Bekämpfung der Reichswehr durch die sozialistische Partei nicht beobachtet hat.*

*An sich ist die Auslegung der Bestimmung nicht zu halten. Sie besagt, wie aus allen Verhandlungen der Alliierten hervorging, lediglich, daß die Reichswehr zur Verteidigung der Grenzen neben Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bestimmt sei. Daß neben ihr besondere Polizei zugestanden wurde, beweist deren anerkannte Notwendigkeit.*

*Für beide Zwecke — Grenzdienst und Aufrechterhaltung innerer Ordnung — kann das Heer in Ausnahmefällen, vorübergehend und unter bestimmten Voraussetzungen herangezogen werden, wie z. B. zur Zeit für Oberschlesien vorgesehen.*

*Hier handelt es sich darum, dem Heere eine dauernde Polizeiaufgabe zuzuweisen, die seinem Wesen und seinem Zweck widerspricht. Nicht kleine Teile sind vorübergehend im Grenzdienst verwendet, sondern sehr erhebliche Teile dauernd an der langgestreckten Ostgrenze festgelegt.*

*Unter Berufung auf diesen Vorgang würde die Reichswehr zu jeder anderen Polizeiaufgabe heranzuziehen sein. Das ist das Ende der Reichswehr. Damit wird das einzige, zuverlässige Machtmittel des Staates zerbrochen und damit allerdings das Ziel der treibenden Männer erreicht, das Reich nach außen endgültig wehrlos gemacht, nach innen der Parteiherrschaft ausgeliefert. Die Truppe wird im Grenzdienst verdorben, dem Einfluß ihrer Führer entzogen. Die preußische Regierung verlangt die Unterstellung der im Grenzdienst verwendeten Truppen unter die einzelstaatlichen Behörden. Damit zerbricht auch eine der festesten Klammern der Reichseinheit.*

*Mir wird berichtet, daß die preußischen Minister sich bemühen, Sie, Herr Reichskanzler, dazu zu bewegen, auf den Reichswehrminister einzuwirken, seinen Widerspruch fallen zu lassen. Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß der Reichswehrminister seine ablehnende Stellungnahme aufgibt. Es könnte aber, wenn Sie, Herr Reichskanzler, zustimmen, zu einem Kabinettsbeschluß im Sinne der preußischen Forderung kommen.*

*Ich möchte aber annehmen, daß Sie sich meinen Gründen nicht verschließen werden und habe mir daher erlaubt, Ihnen sie darzulegen. Eine solche Verwendung der Reichswehr als Polizeitruppe widerspricht auf das schärfste den Grundsätzen, nach denen ich die Truppe bisher vorgebildet und erzogen habe; sie wäre daher nur gegen meinen ausdrücklichen Widerspruch möglich. Es folgt für mich daraus, daß es für mich ganz unmöglich ist, einen solchen Befehl zur Ausführung zu bringen, und ich wäre gezwungen, für mich die Folgerung zu ziehen.*

## REICHSWEHRPOLITIK IN DER WEIMARER ZEIT

*Dies wäre an sich vielleicht bedeutungslos, aber ich bedauerte es, weil es ein Triumph der inneren und äußeren Feinde der Reichswehr und damit der Verlust eines guten Teils des Ansehens des Reiches wäre.*

*Ich kann Sie versichern, Herr Reichskanzler, daß ich sehr ungern diese persönliche Note anschlage. Ich bitte aber daraus zu entnehmen, wie ernst ich die Frage ansehe. Es handelt sich für mich darum, ob die Armee nach den Wünschen der Franzosen und der Herren Minister Braun und Severing verwandt wird oder nach den von mir vertretenen Grundsätzen, die bisher nach ihrer politischen Seite hin Ihre Zustimmung gefunden haben.*

*Das Vertrauen, das Sie mir bisher stets gezeigt haben, und das Verständnis, das ich bei Ihnen stets für die Erfordernisse des Heeres im Hinblick auf die Zukunft gefunden habe, geben mir die Möglichkeit zu dieser rückhaltlosen und offenen Darlegung.*

*In steter Verehrung bin ich, Herr Reichskanzler,*

*Ihr Ihnen aufrichtig ergebener gez. v. Seeckt.“*

Immerhin betraf dieser Brief im Unterschied zu zahlreichen sonstigen Seecktschen Denkschriften eine die Reichswehr direkt angehende Frage. Man erkennt, daß die Wachsamkeit und die entschlossene republikanische Richtung der preußischen Regierung von der Reichswehr von Anfang an als unangenehm empfunden wurde. Es zieht sich von hier ein roter Faden bis zum 20. Juli 1932, an dem endlich dieser verhaßten Regierung unter Bruch der Verfassung der Garaus gemacht werden konnte. Die Reichswehr stand hinter diesem Staatsstreich. Inzwischen hatten sich die alte monarchistische und die neue nationalsozialistische Richtung in ihrem Kampf gegen die Republik und gegen das System verbündet, und zwar sowohl außerhalb wie innerhalb der Reichswehr. Die preußische Regierung und die preußische Polizei waren isoliert und mattgesetzt. Gessler hat zu dieser Entwicklung nicht wenig beigetragen. Das Maß seiner Mitschuld wird durch seine Memoiren nicht verringert, sondern verdeutlicht und psychologisch erklärt.

Es ist bezeichnend, welche merkwürdige Auffassung von Ministerverantwortlichkeit er schon beim Amtsantritt hat:

„Um die inneren Verhältnisse des Reichsheeres brauchte ich mir im Anfang meiner Ministertätigkeit keine zu großen Sorgen zu machen. Hier war der verantwortliche Mann da: General v. Seeckt.“ (S. 145.)

Bei der Marine hatte sich das ganze Offizierskorps der Kapp-Lüttwitzschen Meuterei angeschlossen, die für Gessler übrigens nur „ein kopfloser Streich“ war. (Wir werden sehen, wie scharf er in seiner Ausdrucksweise gegen die linke Seite ist.) Gessler rechnet es sich als Verdienst an, daß es ihm gelungen sei, sich mit dem Offizierskorps der Marine zu versöhnen und 'diejenigen von sich fernzuhalten, die nicht gemeutert hatten. Deshalb bekommt er auch nach zwei Jahren eine Grußkarte von Tirpitz, als dieser der Marinestation Pillau „einen Besuch abgestattet“ hatte: „Ich habe hier den alten trefflichen Seemannsgeist gefunden.“ Gessler berichtet davon mit geschwellter Brust. Man kann sich denken, was Tirpitz unter „trefflichem Seemannsgeist“ versteht.

Diese Entscheidung zugunsten der alten Offiziersschicht lief auf die Ablehnung jeder Regeneration aus anderen Schichten hinaus. Ebenso verhängnisvoll war, daß Gessler in die Lage kam, alle, auch die gegen die Republik gerichteten Vereinigungen und Bewaffnungen zu dulden oder gar zu fördern, wenn sie sich national zu tarnen verstanden, von der bayerischen Einwohnerwehr über zahlreiche andere Organisationen bis zur schwarzen Reichswehr. Der Standpunkt, der es für richtig hielt, sich an die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu halten, war für ihn Landesverrat.

In Gesslers Zeit fällt die große Zahl jener schmachvollen, von *E. J. Gumbel* zusammengestellten Prozesse, in denen mit Hilfe von sachverständigen Offizieren des Reichs-

Wehrministeriums jene Leute verfolgt wurden, die solche militärischen Vereinigungen oder Vorgänge aufzudecken suchten, die unter nationaler Tarnung in Wirklichkeit gegen die Republik gerichtet waren. Unter die weitere Gesslersche Verantwortung fällt auch der Skandal der *Fememordprozesse*. Dies wird vollends klar aus dem, was Gessler in seinen Memoiren über Leute wie *Helmut von Gerlach*, *Berthold Jakob* und über die *Weltbühne* sagt, wobei er so weit geht, ohne Namensnennung einige Publizisten dieser Zeitschrift als „bezahlte Lumpen“ oder „reine Lumpen“ zu erklären. Das ist eine Verunglimpfung des Andenkens der Herausgeber *Carl v. Ossietzky* und *Tucholsky*, deren Namen vielen Deutschen teurer sind als der Otto Gesslers. Der Gedanke, daß diese Leute, dieses, wie Gessler sagt, „wurzellose Literatentum“, diese „Sumpflüten“ menschlich und gesinnungsmäßig ebenso respektabel sein könnten wie die pensionierten Generäle, die es mit den von der Republik gezahlten hohen Pensionen sich erlauben konnten, bei ihren alten Anschauungen zu bleiben — dieser Gedanke kam Otto Gessler auch im Dritten Reich und nachher nicht.

Es ist Hitlers großes, wenn auch einziges Verdienst, die nationale Phrase, die die ganze Weimarer Republik vergiftet hat, wie ich hoffe endgültig zum Platzen gebracht zu haben. Ich meine jene Unterscheidung, die es einem Teil des Volkes erlaubt hat, sich als die „nationale Opposition“ zu bezeichnen, das Wort „vaterländisch“ in Pacht zu nehmen und allen Mitbürgern ein Wortbekenntnis der „nationalen Haltung“ abzufordern. Seit Hitlers Ende wissen wir, daß das ein Schwindel und die Verbrämung übler oder primitiver Instinkte war. Es genügte in jener Zeit, entweder monarchistisch oder antisemitisch, Angehöriger einer völkischen Partei oder eines illegalen bewaffneten Verbandes zu sein, vom „Versailler Schandfrieden“ zu sprechen, gegen den Young-Plan oder weiß den Teufel was zu sein — um als national oder vaterländisch zu gelten, während die anderen, die das oder jenes nicht waren oder taten, die Marxisten, Zentrümmer, Juden, Pazifisten, Erfüllungspolitiker, Novemberebrecher, Systemeute, eben nicht national waren. Nun hat sich gezeigt, daß gerade diese, und sogar die radikalen unter ihnen, die Leute von der *Weltbühne*, wie *Tucholsky*, *Ossietzky*, *Helmut von Gerlach*, *Gumbel*, die besseren Deutschen gewesen sind, abgesehen davon, daß sie auch das bessere Deutsch geschrieben haben. Von *Friedrich Wilhelm Foerster* wagt Gessler zu sagen, er habe im Dienste des französischen Militarismus und Chauvinismus gearbeitet. Über Foerstlers Haltung kann man verschiedener Meinung sein; damit, daß er ihn persönlich verdächtigt, würdigt sich Gessler selber herab.

In seiner Wut gegen die zum Teil jüdischen Schriftsteller, die seiner Wehrpolitik unbequem waren, geht Gessler sogar so weit, zu sagen, eben diese literarischen Kreise hätten ein besonderes Verdienst daran gehabt, wenn der Antisemitismus in Deutschland „tiefe Wurzeln schlagen konnte“. Es sei eine der bedenklichsten Schwächen des Weimarer Systems gewesen, jene „großstädtischen Sumpflüten nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet“ zu haben. So sagt wörtlich Gessler und fährt fort: „Es war ein Versäumnis ihrer Rassegenossen (also der nicht pazifistischen, „anständigen“ Juden), daß sie es nicht für nötig hielten, hier vor aller Öffentlichkeit einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen.“ Womit also erstens nach guter Nazimethode den Juden die Schuld am Antisemitismus gegeben wird: Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuldig. Und womit zweitens die Haftung eines Teiles der Juden für einen anderen Teil, nur auf Grund gemeinsamer Rasse, also eine Kollektivschuld der Rasse, vertreten wird. Das war ein demokratischer Politiker und Minister! Im übrigen hatte schon das Schicksal dieser alten politischen Gegner im Dritten Reich Gessler davon abhalten sollen, in die Tonart *Goebbels'* zu verfallen. Die Herausgeber der *Weltbühne* und deren ständige Mitarbeiter, zu denen auch *Alfred Polgar* und *Erich Kästner* gehörten, werden den künftigen Generationen bessere geistige und moralische Vorbilder sein als Otto Gessler.

Was die sogenannte Russenverbindung der Reichswehr betrifft, so bringt Gessler nichts Neues. Dabei handelt es sich um die geheime Herstellung von Flugzeugen, Giftgas und Artilleriemunition in Rußland zu gemeinsamen Zwecken und mit gegenseitiger technischer Hilfe. Gessler läßt die Frage der Verantwortung auf deutscher Seite im unklaren. Einerseits deutet er an, daß *Seeckt* die Sache unmittelbar mit den Reichskanzlern *Wirth* und *Cuno* betrieben habe. Andererseits will er aus der Mitwisserschaft einen gewissen „Anteil an der Verantwortung“ übernehmen.

Daß der Begriff der Verantwortung bei Gessler unklar ist, können wir aus der Episode entnehmen, die zum Konflikt mit v. Seeckt und zu dessen Rücktritt geführt hat. Anfang September 1926 erfuhr Gessler zuerst aus der Rede eines Kaisersohns, des Prinzen Oskar von Hohenzollern, daß junge Hohenzollern in der Reichswehr dienten. Kurz darauf erfuhr er konkret, daß der älteste Sohn des Kronprinzen, also der künftige Thronprätendent, in Münsingen als Ordonnanzoffizier diene. „Da ich nicht zu den aufgeregten Republikanern gehörte, beschloß ich zunächst, die Dinge auf mich zukommen zu lassen. Es war mir aber klar, daß, sobald sich die Öffentlichkeit mit der Sache beschäftige, daraus eine große Sensation mit außen- und innenpolitischen Konsequenzen werden müßte.“ Als die Sache dann „vom *Berliner Tageblatt* an die große Glocke gehängt wurde“, ging Gessler zu Seeckt und verlangte Auskunft. Der erklärte, er habe aus Gründen der Tradition die Einstellung verfügt, worunter er natürlich die monarchische Tradition verstand. Er übernehme die Verantwortung. Worauf ihm Gessler, wie er erzählt, erwidert habe, „die Einstellung eines künftigen Thronprätendenten unter Verletzung der Vertragsbestimmungen“ und bei der gespannten internationalen Lage sei keine militärische, sondern eine politische Angelegenheit. Die letzte Verantwortung falle auf ihn, den Minister. Das war richtig. Gessler machte sich schlüssig und erreichte es auch, die Verantwortung ganz auf Seeckt zu schieben und ihn zum Rücktritt zu zwingen. Das war nicht korrekt und nicht loyal. Ein Minister trägt für das, was sich in seinem Ressort ereignet, sogar dann die Verantwortung, wenn er es nicht kennt. Aber nun hat Gessler, wie er jetzt selber zugibt, den Fall gekannt und ihn gar eine Zeitlang geduldet. Er wollte „die Dinge“, das heißt den vor auszusehenden Skandal, auf sich zukommen lassen, oder vielmehr nicht auf sich, sondern auf Seeckt. Die Annahme drängt sich auf, daß er den Skandal, den er voraussah, benützen und in die Richtung auf Seeckt lenken wollte, um den letzteren loszuwerden. Ein weniger schlauer Politiker und ein loyaler Minister hätte in dem Moment die Sache abgestellt, in dem er von ihr erfuhr. Der eine hat die Verantwortung, der andere hat die Konsequenzen getragen.

**In den nächsten Heften lesen Sie u.a.:**

Hans Bayer	Vom Sozialismus zur Soziallehre
Manfred Kuhn	Das offene Gespräch
Ossip K. Flechtheim	Gewerkschaften und Parteifinanzierung
Artur Saternus	Gewerkschaften und Presse
Josef Wanner	Welt- und Lebensanschauung in den Gewerkschaften?
Günter Friedrichs	Mitgliederstagnation
Bernd Rütters	Zum Begriff des politischen Streiks
Friedrich Schwedt	Kritik der Effektenwirtschaft